

Die neue Deutsche Kommunistische Partei

Die Anregung, eine kommunistische Partei neu zu gründen, hatten die Mitglieder des vor zwei Jahren konstituierten „Initiativ Ausschusses zur Wiedezulassung der KPD“ von den großen Bonner Parteien erhalten, da das Ziel der Kommunisten, Aufhebung des rechtskräftigen unbefristeten Verbotsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956, unerreichbar schien. Die Anregung, „gründet euch neu“, scheint inoffiziell mit der Zusage garniert gewesen zu sein, daß man eine neue kommunistische Partei — wenn sie programmatisch nichts gegen die Bundesrepublik unternehme — dulden werde.

Unter dem Dilemma des KPD-Verbots

Die Kanalisierung des Linksradikalismus erschien maßgebenden Bonner Politikern erwünscht. Aus verschiedenen Gründen wurde in den beiden vergangenen Jahren eine legale kommunistische Partei geradezu herbeigesehnt. Der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Prof. *Ernst*, meinte: „Viele Leute finden es etwas unbehaglich — um es milde auszudrücken —, daß bei uns die NPD erlaubt ist, aber die Kommunisten verboten, und zwar zusammen mit Ländern wie Spanien, Portugal und Griechenland.“

Auch Bundesminister *H. Wehner* erklärte damals: „Für die geistige Verfassung des Menschen hier und im gespaltenen Deutschland sei es besser, die kommunistische Partei könnte sich bei jeder Wahl in Gemeinden, Ländern und dem Bund bewerben und mit anderen Parteien auseinandersetzen und sich dem Urteil der Wähler unterwerfen.“ Der SPD-Jurist *A. Arndt* plädierte für eine legale kommunistische Partei wegen des Vorteils, endlich von der Last befreit zu werden, eine politische Auseinandersetzung mit strafrechtlichen Mitteln führen zu müssen. Der damalige Bundesjustizminister *G. Heinemann*, die Länderinnenminister und andere Politiker waren sich darin einig, daß gegen eine Neugründung der kommunistischen Partei nichts einzuwenden sei, wenn diese das Grundgesetz respektiere.

Ursprünglich hatten die Kommunisten nur für die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils gekämpft. Zunächst waren sie nicht gewillt, von der Anregung, doch eine neue Partei zu gründen, Gebrauch zu machen. Ihr Ziel war ausschließlich die volle Rehabilitierung und Wiedezulassung der alten KPD. Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1968 bezeichneten führende Mitglieder der KPdSU, der SED und der KPD das Angebot als „faulen Trick“, mit dem sich Bonn in Gestalt einer legalen kommunistischen Partei nur ein „gefügliches Werkzeug“ schaffen wolle. Der KPD-Chef *M. Reimann* meinte damals: Worauf es ankomme, sei nicht die Neugründung einer Partei, die sich kommunistisch nennt, sondern die Legalisierung der bestehenden Kommunistischen Partei. Sie brauche man nicht neu zu gründen, sie existiere.

Die Westfunktionäre im Zentralkomitee der SED und das im Ostberliner Exil lebende KPD-Politbüro waren deshalb zunächst keineswegs erfreut über den Vorschlag der Illegalen aus der Bundesrepublik, das Angebot anzunehmen. Die Direktive aus Ost-Berlin hieß zunächst, der Aufbau einer neuen Partei verbiete sich so lange, wie die KPD verboten ist. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1968 änderten Moskau, Ost-Berlin und auch *Reimann*

ihre Ansicht und gaben grünes Licht für die Nutzung der Chance zur Neugründung einer kommunistischen Partei. Einer der Gründe, warum sich die Illegalen mit dem Wunsch nach Parteineugründung schließlich doch durchsetzen konnten, war das allmähliche Aussterben der illegal dahinsiechenden KPD. Die auf rund 6000 Mitglieder reduzierte illegale KPD (vor dem Verbotsurteil 1956 ca. 65 000 Mitglieder) war politisch völlig bedeutungslos geworden und sehr überaltert. In ihren illegalen Zirkeln dominierten die Rentner. Linksorientierte Jugendliche suchten eher beim legalen SDS eine politische Heimat. Der illegalen KPD war es auch schwer, neue junge Anhänger zu gewinnen, zumal diese aus Sicherheitsgründen nur bereits bewährte Kräfte in die illegale Arbeit hineinziehen konnte.

Die Abkehr von der bisherigen Linie scheint jedoch von Moskau initiiert gewesen zu sein. Aus außen- und weltpolitischen Erwägungen wird die Kremlführung die Nutzung der gegebenen Chance gewünscht haben. Offenbar wurde erkannt, daß eine vorteilhafte Gelegenheit gegeben ist, im politischen Leben der Bundesrepublik wieder eine legale Rolle zu spielen und vor allem unter Linksgruppen wieder als Ordnungsfaktor wirken zu können. Für die langfristige sowjetische Deutschlandpolitik ist eine legale kommunistische Partei im Bundesgebiet ein keineswegs unwichtiger Faktor.

Der Gründungsparteitag

Der erste Parteitag der DKP (mit 779 Stimmberechtigten, 215 Gastdelegierten und rund 200 Pressevertretern) brachte in allen grundsätzlichen Fragen keine nennenswerten Überraschungen. Bei der Verabschiedung des Aktionsprogramms, der Grundsatzserklärung sowie des Parteistatuts und auch bei den Wahlen zum Parteivorstand wurden im wesentlichen die bereits vorher veröffentlichten Entwürfe gebilligt bzw. die bisher als Parteigründer in Erscheinung getretenen Personen offiziell gewählt.

K. Bachmann (60) — das bisherige Aushängeschild der Neugründung — wurde fast einstimmig zum Parteivorsitzenden bestimmt. Neben ihm und seinem Stellvertreter *H. Mies* (40) wurden noch *G. Deumlich* (40), *K. Erlebach* (47), *H. Gautier* (49), *W. Gerns* (39), *M. Kapluck* (40), *L. Müller* (48) und *K.-H. Noetzel* (41) in das Parteipräsidium gewählt. Als Pressesprecher wird *G. Polikeit* (40) fungieren. Die Führungsspitze ist somit beträchtlich verjüngt. Dennoch kann man alle vorstehend genannten als bewährte Altkommunisten einschätzen, die sich vornehmlich als leitende FDJ-Funktionäre und auch schon in der Illegalität bewährt haben.

Die Führung der heute nach eigenen Angaben schon 22 000 Mitglieder starken DKP war indessen bemüht, den Eindruck „jung, betriebsnah, offen“ zu erzeugen. Wenn man berücksichtigt, daß die illegale KPD ca. 6000 Mitglieder hat und vor dem Verbotsurteil sich ca. 65 000 zur KPD bekannten, ist am Wahrheitsgehalt der jetzigen Zahlenangaben nicht zu zweifeln. Aus den Beständen der illegalen KPD, der einstigen legalen KPD und aus den Familienangehörigen von KPD-Mitgliedern dürfte es nicht so schwer gewesen sein, die Mitgliederzahl aufzustocken. Echte Werbungserfolge neuer Mitglieder, die

noch keinerlei Beziehung zur KPD hatten, dürften bisher sehr spärlich gewesen sein.

Im Gegensatz zur weitgehend überalterten KPD legte man in Essen Wert auf ein zukunftssträchtiges Image. Das angegebene Durchschnittsalter betrug 37,6 Jahre. Nur 65 der insgesamt 994 Delegierten (einschließlich Gastdelegierten) waren älter als 60 Jahre. Voller Stolz hob ein Sprecher des Vorstandes hervor, daß somit die jüngste Partei der Bundesrepublik den „jüngsten“ Parteitag veranstaltete. Auch bei den Parteiwahlen wurde auf die Präsenz der Jugend besonders geachtet. Das Durchschnittsalter des Parteivorstandes dürfte bei etwa 40 Jahren liegen. Das jüngste Vorstandsmitglied ist 19 Jahre.

Strategische Schwerpunkte

Trotz der betont jugendlichen Fassade des Parteitages war der unmittelbare Einfluß der Jugend bei der Gestaltung der Grundsatzerklärung und des Statuts relativ gering. Die Konzeption der Leitung wurde im wesentlichen ohne große Abstriche durchgesetzt. Dem Wunsch verschiedener unzufriedener jugendlicher Delegierter über die unzureichenden Jugendpassagen in den Erklärungen wurde damit begegnet, daß man die baldige Ausarbeitung und Verabschiedung eines speziellen Jugenddokumentes ankündigte. Einen Hinweis auf die Schwerpunkte der künftigen Parteiaktivität gibt die deutliche Hervorhebung, daß unter den Delegierten 584 Arbeiter waren (wobei anzunehmen ist, daß dabei etwas manipuliert wurde, um den Charakter als Arbeiterpartei besser betonen zu können) und 867 Gewerkschaftsmitglieder sind (wovon 157 betriebliche und 577 gewerkschaftliche Funktionen innehaben sollen). Die DKP will sich in ihrer Arbeit offenbar schwerpunktmäßig auf die Betriebe konzentrieren.

Wenn es auch keine direkten Überraschungen auf dem Parteitag gab, so war doch zu beobachten, daß die DKP um einen soliden Eindruck bemüht war und sich von „blindem Aktivismus“ und pseudorevolutionären Umtrieben distanzierte. Verschiedene APO-Aktivistinnen wurden als „pseudorevolutionäre Anarchisten“ bezeichnet. Auf keinen Fall wollte man mit „langmähnigen Habenichtsen“ und Maoisten, die „alle Macht für die Räte“ fordern, identifiziert werden. In vieler Hinsicht gab es am äußeren Bild dieses Parteitages keine wesentliche Diskrepanz zu solchen anderer Parteien in der Bundesrepublik. Wohlverhalten wurde bewußt geübt. Auf verschiedene kommunistische Vokabeln wurde verzichtet. Es gibt kein Zentralkomitee und Politbüro, sondern nur noch einen Parteivorstand und ein Präsidium. In den Reden, im Aktionsprogramm und in den Diskussionsbeiträgen wurde systematisch auf die Vokabeln Revolution und Diktatur des Proletariats verzichtet.

In einer bedeutsamen Frage des Parteistatuts, nämlich der Wahl der Delegierten zum Parteitag, setzte eine knappe Mehrheit sogar gegen den erklärten Willen des Vorstandes und unter Ignorierung kommunistischer Organisationsprinzipien durch, daß die Parteitagsdelegierten künftig direkt von den Kreiskonferenzen und nicht — wie in kommunistischen Parteien üblich — von den Bezirkskonferenzen gewählt werden müssen. Dadurch wird die personelle Manipulierung von Parteitagern erheblich erschwert.

In einem offenen Brief an die Delegierten des SPD-Parteitages (16. bis 19. April 1969 in Bad Godesberg) unter-

strichen die DKP-Delegierten die „große Bedeutung“, die sie dem „gemeinsamen Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Neonazismus und politische Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik“ beimessen. Die erneute Zurückweisung des Aktionsangebotes der DKP durch den Parteivorstand der SPD war für die DKP ein harter Schlag. Über diese kompromißlose sofortige Reaktion war man sehr bekümmert.

Das Verhältnis zur KPD

Es war auffällig, daß der jetzt im Bundesgebiet lebende KPD-Vorsitzende dem Parteitag fernblieb und sich auf eine Grußbotschaft beschränkte. Bemerkenswert war auch, daß die SED-Führung weder ein Politbüro-Mitglied noch einen Sekretär des Zentralkomitees nach Essen schickte, sondern den wenig profilierten Ersten Bezirkssekretär von Erfurt, A. Bräutigam, mit der Vertretung beauftragte. Auch alle übrigen Gastdelegationen (abgesehen von den Vertretungen der kommunistischen Parteien Österreichs, Luxemburgs und der Niederlande, die ein Politbüro-Mitglied bzw. gar den Parteivorsitzenden schickten) waren nicht durch Vertreter der ersten Garnitur der Führung vertreten. Aus diesem Umstand und aus der Tatsache, daß wohl die KPD aber nicht die DKP an der im Juni 1969 in Moskau stattfindenden Weltkonferenz teilnehmen konnte, kann man ableiten, daß der DKP die Anerkennung als gleichberechtigte Partei nicht voll gewährt wird. Zwar darf die DKP die legale Arbeit für die KPD erledigen, doch die führende Rolle und vor allem die Vertretung nach außen sowie zu den großen Brüdern in Moskau und Ost-Berlin fällt weiterhin vornehmlich der Führung der KPD zu.

Das politische Hauptreferat auf dem ersten Parteitag hielt Parteichef Kurt Bachmann. Es war unter das Parteitagsmotto gestellt „Einig handeln im Kampf um die demokratische Erneuerung in Staat und Gesellschaft“. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer „demokratischen Erneuerung durch Aktionen“, wobei detaillierte politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gegenwartsforderungen artikuliert wurden. Bachmann sah sich genötigt, gegen die Behauptung, die Politik der DKP sei nicht revolutionär genug, Stellung zu nehmen. Er hob dabei hervor, daß die Grundsatzerklärung das „revolutionärste politische Programm“ sei, das es unter den in der Bundesrepublik gegebenen Bedingungen geben könne, und daß die DKP die einzige Partei in der Bundesrepublik ist, die tiefgreifende gesellschaftspolitische Umgestaltungen erstrebe.

Der Essener Parteitag verabschiedete eine Grundsatzerklärung und das Parteistatut. Zu den ursprünglichen Entwürfen wurden insgesamt etwa 1500 Änderungsvorschläge eingereicht. Diese Änderungsvorschläge waren jedoch vorwiegend redaktioneller und stilistischer Art. Am Entwurf zur Grundsatzerklärung wurde nichts wesentliches geändert. Sie hat eindeutig den Charakter eines Aktionsprogramms mit umfangreichen detaillierten Forderungen aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Nahezu für alle Bevölkerungsgruppen wurden bestimmte Forderungen fixiert, z. B. Errichtung von Kinderkrippen, Verbesserung des Bildungswesens, Ausbau des vorbeugenden Gesundheitsschutzes usw.

In den offiziellen Parteidokumenten bezeichnet sich die DKP eindeutig und uneingeschränkt als eine Partei, die sich von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten

lasse und sich auf die revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung stütze. Sie bekennt sich zur Fortführung des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und „zehntausender“ kommunistischer, sozialdemokratischer und demokratischer Widerstandskämpfer. Als Ziel wird die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Weg über einen „harten Klassen- und Volkskampf“ angestrebt, wobei man jedoch einen Bürgerkrieg vermeiden wolle.

Um sachbezogenes Programm bemüht

Als nächstes grundlegendes Ziel wird die „demokratische“ Erneuerung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik angestrebt. Um dies zu verwirklichen, wird die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis mit allen anderen Volksschichten für notwendig gehalten. Bachmann kommentiert diesen Pausus, die „Bündnispolitik“ der DKP sei nicht taktisch bedingt, sondern sei elementarer Bestandteil der gesamten politischen Strategie. Gewerkschaftliche und außerparlamentarische Aktivität und das Bemühen um „fortschrittliche“ Vertretungen in den Parlamenten sollen miteinander kombiniert werden. Die voll völkerrechtliche Anerkennung der DDR wurde als „Kernforderung“ zur Sicherung des Friedens in Europa in der Grundsatzerklärung und im Referat herausgestellt.

Zum Verhältnis zu den Christen wurde — wenn man von der Forderung der Trennung von Staat und Kirche absieht — nur unter dem Aspekt der „Bündnispolitik“ kurz Stellung genommen. Unter dem Punkt Aktionseinheit der Arbeiter werden auch christliche Kräfte ausdrücklich einbezogen. An anderer Stelle wird kurz gesagt: die DKP „sucht den Dialog und das Zusammenwirken mit allen fortschrittlichen und friedliebenden christlichen Werktätigen und Arbeitern“. Im Grundsätzlichen entspricht das Verhältnis der DKP zu den Christen dem der früheren KPD und ist vom altmarxistischen Geist geprägt. Dennoch gibt man sich gesprächsbemüht. Das Ansprechen von Christen für aktuelle Aktionsziele ist allerdings nicht neu und wurde schon von der KPD praktiziert. Anlässlich des Essener Katholikentages veröffentlichte z. B. die KPD eine Grußbotschaft. In dieser an Führungskräfte katholischer Verbände per Post verschickten Grußbotschaft wird der katholischen Kirche und den Verbänden bescheinigt, daß sie — wenn sie gesellschaftskritisch wirken — „eine bedeutende Rolle bei der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik“ spielen können. Die Kommunisten sprachen die Erwartung aus, daß der Katholikentag einen Beitrag leisten möge, daß in der Bundesrepublik „eine neuer politischer Kurs für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“ eingeschlagen werde. Die Katholikentagsteilnehmer wurden u. a. aufgerufen, das amerikanische Engagement in Vietnam zu verurteilen, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einzutreten und sich nicht von der CDU mißbrauchen zu lassen. Zu den sechs Unterzeichnern der Grußbotschaft gehörte Herbert Mies, Kandidat des Politbüros der KPD und jetziger 2. Vorsitzender der DKP. In der vorgezeichneten Richtung dürfte künftig auch die DKP tätig werden.

Insgesamt ist beachtenswert, daß in allen politischen Verlautbarungen die tagespolitischen Forderungen vorangestellt sind und daß diese zeitgemäßer und weniger dog-

matisch als früher formuliert wurden. Es wurde der Versuch gemacht, die Fragen zu artikulieren, die gewissermaßen auf der Tagesordnung stehen und für breite Teile des Volkes ansprechbar scheinen, z. B. Mitbestimmung, hohe Lohnerhöhungen bis zu 15 Prozent. Grundsätze der marxistisch-leninistischen Doktrin wurden — soweit als möglich — auf dem Parteitag ausgeklammert und nur in absolut notwendigem Maße fixiert, um noch als echte kommunistische Partei auftreten zu können.

Die DKP ist — wie man aus ihrem bisherigen Auftreten schlußfolgern kann — bemüht, den Anschein absoluter Loyalität zum Grundgesetz zu erwecken, ja sogar als dessen konsequenter Verteidiger zu „fungieren“. Die Haltung zum Grundgesetz ist aber sehr elastisch. In der Zeitschrift „tatsachen“ (5. 10. 68) heißt es dazu:

„Unsere positive Haltung zum Grundgesetz steht außer Frage. Das Grundgesetz schreibt keineswegs vor, daß die politische Macht bei uns für immer und ewig den Konzern- und Bankherren gehören muß und niemals von der Arbeiterklasse . . . ausgeübt werden darf. Das Grundgesetz schreibt keineswegs vor . . . daß niemals eine sozialistische Gesellschaftsordnung geschaffen werden darf.“

Umstrittene Formulierungen wie Diktatur des Proletariats, sozialistische Revolution, demokratischer Zentralismus, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 eine belastende Rolle spielten, werden nicht benutzt. Dies bedeutet jedoch nicht eine Distanzierung von früheren Zielen oder gar eine Sinneswandlung. Hier sei daran erinnert, daß z. B. auch in den Grundsätzen und Zielen der SED aus dem Jahre 1946 auf einige eindeutige Vokabeln absichtlich verzichtet wurde und trotzdem eine sehr klare „revolutionäre“ Politik zum Zuge kam.

Der ideologische Hintergrund

Sowohl aus der „Erklärung“ des „Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei“ vom 26. September 1968, aus Verlautbarungen von Funktionären der DKP, aber auch aus den grundsätzlichen Stellungnahmen auf dem Essener Parteitag ergibt sich eine weitgehende Identität von DKP und KPD.

Das offene Bekenntnis zu den „Ideen von Marx, Engels und Lenin“, den „Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung“ und zur „sozialistischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ schließt für überzeugte Kommunisten die Absicht ein, die sozialistische Revolution mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats anzustreben. Nach dem noch heute gültigen Selbstverständnis orthodoxer Kommunisten ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats der Kern der marxistisch-leninistischen Doktrin. Kein Kommunist kann sich ernsthaft zum Marxismus-Leninismus bekennen, ohne seinen Kern zu bejahen. Weder in ihrer Doktrin noch in ihren programmatischen Grundlagen unterscheidet sich die DKP grundlegend von der KPdSU oder der SED. Die jetzt gebrauchte Vokabel „demokratische Erneuerung“ schließt eine sozialistische Revolution keineswegs aus, denn für orthodoxe Kommunisten ist die sozialistische Revolution die eigentliche Voraussetzung zu einer wirklichen demokratischen Erneuerung.

Zu der Hoffnung, daß die DKP in Zukunft eigenständiger agieren und weniger Moskau- und SED-hörig als die KPD sein werde, ist wenig Grund vorhanden. Die DKP dürfte die Moskau-hörigste und -treueste Partei in West-

europa sein. Ohne das Wohlwollen und die Unterstützung aus Moskau und Ost-Berlin ist die DKP — im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien des Westens — gar nicht existenzfähig. Zwar gibt es auch in der DKP vereinzelt Kräfte, die unabhängiger und weniger dogmatisch wirken möchten, doch dürften diese Kräfte in naher Zukunft keine nennenswerte Chance haben, den Kurs der Partei so wesentlich zu beeinflussen, daß ein Wandel von innen oder auch nur eine Konsolidierung nach westlichen KP-Mustern abzusehen wäre.

Soweit es bis jetzt erkennbar ist, setzt sich die DKP in ihrem Kern vorwiegend aus ehemaligen KPD-Mitgliedern und früheren Angehörigen linker Splittergruppen zusammen. Auf allen Ebenen (Kreise, Bezirke, Bund) ist erkennbar, daß die DKP praktisch eine Gründung der KPD ist und daß der illegale Apparat der KPD federführend bei der Gründung der DKP war. Ebenso gibt es Anhaltspunkte dafür, daß auf Landes- und Kreisebene 90 Prozent des KPD-Potentials in die DKP aufgegangen ist. Im Parteivorstand sowie in den Bezirks- und Kreisleitungen der DKP sitzen zum größten Teil bewährte Altkommunisten und üben dort den dominierenden Einfluß aus. Im Parteivorstand der DKP wirken drei Mitglieder bzw. Kandidaten des KPD-Politbüros.

Unwirksam, aber nicht bedroht

Ein Teil der KPD-Mitglieder hat jedoch die strikte Parteiweisung, außerhalb der DKP zu bleiben. Es handelt sich dabei auch um Angehörige bestimmter, besonders wichtiger Teile des illegalen Apparates (dem Kurier-, Sicherheits- und Kaderapparat) sowie um die Mitglieder der Parteikontrollkommissionen. Die als besonders zuverlässig geltenden Angehörigen dieser Sondereinheiten der KPD sollen sich von der DKP fernhalten, um die Fortführung ihrer weitgehend illegalen Arbeit nicht durch eine legale Aktivität in der DKP zu gefährden. Bis heute sind auch einige im Bundesgebiet lebende Spitzenfunktionäre der KPD wie *F. Rische*, *W. Mohn* und *J. Ledwohn* nicht für die DKP öffentlich hervorgetreten.

Faktisch gibt es jetzt in der Bundesrepublik die Kuriosität von zwei kommunistischen Parteien, die in ihrer Theorie und Zielsetzung übereinstimmen und die im Grunde genommen sich auch auf die gleichen Mitglieder stützen. Nur ist die eine Partei erlaubt und die andere verboten. Man muß wohl davon ausgehen, daß beide Parteien mit verteilten Rollen für das gleiche Ziel kämpfen.

Angesichts der weitgehenden Identität zwischen KPD und DKP in ihrer Doktrin, ihrem Programm, ihrer Struktur und auch der Zusammensetzung wäre es den Innenministern der Bundesrepublik jederzeit möglich, die DKP offiziell als Nachfolge- bzw. Ersatzorganisation der KPD zu erklären und dann zu verbieten. Ob jedoch ein erneutes Verbot politisch klug und zweckmäßig ist, ist eine andere Frage.

Solange das KPD-Verbotsurteil existiert, kann die DKP gegenwärtig sicherlich vom guten Willen Bonns ausgehen, möglichst nicht in die Zeiten des kalten Krieges zurückzufallen. Sie dürfte auf eine weitherzige Beurteilung bei etwaiger Verfassungswidrigkeit rechnen, zumal die Bundesregierung angesichts einer legalen NPD aus außenpolitischen Rücksichten nicht einseitig erneut gegen links vorgehen kann. Es kann nicht übersehen werden, daß alle demokratischen Staaten des Westens bei sich eine

legale kommunistische Partei dulden. Während bei diesen für ein Verbot der NPD im Rückblick auf die deutsche Vergangenheit jederzeit großes Verständnis vorhanden wäre, würde ein Verbot der DKP weniger gut aufgenommen werden. Zweifel darüber, ob das KPD-Verbot von 1956 — so korrekt die juristische Begründung und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch waren — politisch richtig war, gibt es genug. Die legale Existenz einer kommunistischen Partei dürfte gegenwärtig den politischen Zielen der Bundesrepublik in Ost und West förderlich sein. Moskau und Ost-Berlin wird es nun schwerer fallen, mit dem Hinweis hausieren zu gehen, in der Bundesrepublik würde kommunistische Gesinnung unterdrückt und nur einseitig der Rechtsradikalismus toleriert. Die Gründung der DKP wird auch von den Kommunisten anderer Staaten als ein bedeutsamer Erfolg eingeschätzt. Die Legalisierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik wird vorerst nicht den Wunsch realisieren helfen, „die politische Landschaft in der Bundesrepublik zu verändern“. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die DKP in der gegenwärtigen innenpolitischen Situation eine wesentliche Rolle spielen wird. Ihr erster Parteitag bestätigte, wie klein das Manövrierfeld und die Chancen der Kommunisten in der Bundesrepublik sind. Das KPD-Verbot wirkt als ständige Existenzbedrohung.

Position innerhalb der Linken

Selbst dem von der DKP eingegangenen Wahlbündnis mit der Deutschen Friedensunion und dem Bund der Deutschen in der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) wird ein Erfolg bei den Bundestagswahlen dieses Jahres versagt bleiben. Es wird der ADF wohl kaum gelingen, als getarntes Auffangbecken Wähler anzulocken, die eine offene kommunistische Stimmabgabe scheuen. Im übrigen ist auch zu bedenken, daß die ADF in der „Demokratischen Union“ einen Konkurrenten erhalten hat, in der sich anti-autoritäre marxistisch-sozialistische Gruppen, aber auch die national-neutralistisch orientierte „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher“ zusammengefunden haben. Die zunächst mit Sicherheit zu erwartenden Niederlagen bei Wahlen müßten eigentlich für die DKP/KPD eher abschreckend wirken, weil ihre Isolierung dann offenbar wird. Hingegen würde ein Verbot den Kommunisten ein willkommenes Alibi verschaffen können. Sie planen jedoch auf lange Sicht. Dabei erscheint ihnen eine legale Repräsentanz der Partei als Orientierungsfaktor für die Linksruppen und zur Ausnutzung etwaiger Krisensituationen vorteilhaft.

Die DKP wird stets bemüht sein, bestimmte, ihr dienliche Fragen, die im Raum stehen, z. B. „Anerkennung der DDR“, Mitbestimmung etc., in besonderer Weise zu artikulieren, um dadurch politisch wirksam zu werden. Es kann Situationen geben, in denen die DKP auf Gegner des Establishments bedeutende Anziehungskraft ausüben wird. Gegenwärtig besteht jedoch eher die Tendenz, daß eine legale KP mehr zur weiteren Zersplitterung als zur Einigung der Linken beitragen wird. Die Verteidigung der Intervention vom 21. August 1968 in der Tschechoslowakei durch die DDR verschärfte z. B. die Differenzen in den Linksruppen. Nach Legalisierung der DKP wird manch linker Sozialist und Gewerkschaftler sich erneut vor die Frage gestellt sehen, ob er freiheitlicher Sozialist oder Kommunist sein will.